



Antrag

der Fraktion der SPD

Bericht über die Unterrichtssituation weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der jährlich vorzulegende Bericht über die Unterrichtssituation wird ab dem Schuljahr 2018/2019 um folgende Punkte ergänzt:

1. Erläuterungen zum Begriff der Unterrichtsversorgung. Dabei soll auch deutlich werden, in welchem Umfang zu einem Stichtag unbesetzte Stellen zur rechnerischen Deckung der Unterrichtsversorgung beigetragen haben.
2. Ergänzung eines Kapitels, das sich mit Unterricht befasst, der durch folgende Personengruppen erteilt wird:
 - Seniorlehrkräfte
 - Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst
 - Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die über ihre Verpflichtung von 10 Wochenstunden hinaus unterrichten
 - Quer- und Seiteneinsteiger/innen
 - Quer- und Seiteneinsteiger/innen, die über ihre Verpflichtung von 10 Wochenstunden hinaus unterrichten
 - Lehrkräfte mit 1. Staatsprüfung, die sich nicht im Vorbereitungsdienst befinden
 - Personen ohne weitere Lehrerausbildung

Begründung:

In der Vorbemerkung zum Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2016/17 vom 30. November 2017 kündigt die Landesregierung an, die Darstellung der Ergebnisse zum Unterrichtsausfall zu überarbeiten und die Qualität des Vertretungsunterrichts zu überprüfen. Das ist eine gute Gelegenheit, den Bericht über die Unterrichtssituation auch in zwei weiteren Punkten weiterzuentwickeln.

Der Grad der Unterrichtsversorgung spielt in der bildungspolitischen Debatte Schleswig-Holsteins eine Rolle, seit Bildungsministerin Waltraud Wende am 16. November 2012 dem Landtag ihre Bilanz zur Unterrichtsversorgung vorgelegt hat. 1250 Planstellen für Lehrkräfte und 350 Erzieherstellen im sonderpädagogischen Bereich fehlten. Das bedeutete, dass den Schulen nicht die Stellen zur Verfügung gestellt wurden, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchten.

Seitdem haben sich die Bildungsministerinnen Waltraud Wende, Britta Ernst und Karin Prien bemüht, diese Lücke zu schließen. Je näher dieser Lückenschluss kommt, desto wichtiger wird die Frage, ob und wie die nunmehr zur Verfügung gestellten Stellen tatsächlich besetzt werden können.

Martin Habersaat

und Fraktion